Inhaltsverzeichnis

18.09.2012 Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungsdokumente

Top Ö 5

Einladung Ausschüsse

Niederschrift ö UmweltA 03.07.2012

Niederschrift ö UmweltA 23.05.2012

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

SUA Wesseling Vorlage Top Ö 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Vorlage: 444/2012-6 27.08.2012 betr. Einführung von Hundefreilaufflächen Vorlage Vorlage: 444/2012-6 Vorlage: 444/2012-6 Antrag Top Ö 7 Mitteilung betr. Stellungnahme des Ministeriums Vorlage: 386/2012-7 (MKULNV) zu der Stellungnahme des BUND + NABU im Rahmen der Bebauungsplanänderung He 220 C in Hersel Vorlage ohne Beschluss Vorlage: 386/2012-7 Vorlage: 386/2012-7 Schreiben Ministerium an BUND **Top Ö 10** Anfrage des stv. OV und AM Stadler vom Vorlage: 354/2012-

Besuch der Rheinland Raffinerie der Shell in

Brunnenallee in Roisdorf

Vorlage ohne Beschluss

Vorlage: 354/2012-SUA Vorlage: 354/2012-

SUA

SUA

Vorlage: 403/2012-

Anfrage

27.06.2012 betr. Schäden am Baumbestand der

Top Ö 11 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2012 betr. Vorlage: 365/2012-1

Nachtabschaltung von Computern und anderen

elektronischen Geräten

Vorlage

Vorlage: 365/2012-1 Vorlage: 365/2012-1

Anfrage

Top Ö 12 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Vorlage: 445/2012-

27.08.2012 betr. Förderungskonzept SUA

Elektromobilität

Vorlage ohne Beschluss

Vorlage: 445/2012-SUA Vorlage: 445/2012-

SUA

Anfrage

Einladung



Sitzung Nr.	49/2012
UmweltA Nr.	4/2012

An die Mitglieder des **Umweltausschusses** <u>der Stadt Bornheim</u>

Bornheim, den 05.09.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Umweltausschusses** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Dienstag, 18.09.2012, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2,** statt.

Ortsbesichtigung Vor der Sitzung findet ab 16:00 Uhr zu TOP 5 "Besuch der Rheinland

Raffinerie der Shell in Wesseling" eine Ortsbesichtigung statt.

<u>Treffpunkt</u> Um 16:00 Uhr werden die Teilnehmer am Rathaus Bornheim mit ei-

nem Bus der Shell abgeholt.

Bei Verhinderung / Vertretung bitte Sitzungsvorlage 403/2012-SUA

beachten.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 31/2012 vom 23.05.2012 und Nr. 41/2012 vom 07.07.2012	
5	Besuch der Rheinland Raffinerie der Shell in Wesseling	403/2012-SUA
6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr. Einführung von Hundefreilaufflächen	444/2012-6
7	Mitteilung betr. Stellungnahme des Ministeriums (MKULNV) zu der Stellungnahme des BUND + NABU im Rahmen der Bebauungsplanänderung He 220 C in Hersel	386/2012-7
8	Mitteilung betr. Ersatzgeld für Kompensationsmaßnahmen und Kompensationsflächenkataster	428/2012-SUA
9	Mitteilungen mündlich	

10	Anfrage des stv. OV und AM Stadler vom 27.06.2012 betr. Schäden	354/2012-SUA
	am Baumbestand der Brunnenallee in Roisdorf	
11	Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2012 betr. Nachtabschaltung	365/2012-1
	von Computern und anderen elektronischen Geräten	
12	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr.	445/2012-SUA
	Förderungskonzept Elektromobilität	
13	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Wingenbach (Vorsitzender) Gezeichnet:

beglaubigt:

(Stadtoberamtsrat)

Niederschrift



Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Bornheim am Dienstag, 03.07.2012, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

Х	Öffentliche Sitzung	Sitzung	Nr. 41/2012
	Nicht-öffentliche Sitzung	Umwelt	A Nr. 3/2012

<u>Anwesende</u>

<u>Bürgermeister</u>

Henseler, Wolfgang Bürgermeister

Vorsitzender

Wingenbach, Matthias CDU-Fraktion

Mitglieder

Gruneberg, Julia SPD-Fraktion Helmes, Hildegard Therese CDU-Fraktion Jaritz, Karin SPD-Fraktion Klein, Stefan FDP-Fraktion

Kuhnert. Uwe CDU-Fraktion bis TOP 5

Marx, Bernd Bündnis90/Grüne Raaf, André CDU-Fraktion Urfey, Josef SPD-Fraktion

stv. Mitglieder

Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion

CDU-Fraktion Geuer, Theo ab TOP 6 tw.

Schmitz, Heinz Joachim Bündnis90/Grüne

Verwaltungsvertreter Lanzrath, Doris

Paulus, Wolfgang Dr.

Schriftführerin Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Kuhn, Arnd Jürgen Dr. Bündnis90/Grüne Müller, Heinz UWG/Forum-Fraktion

Paulsen, Michael CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
4	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Umsetzungsfahrplan für	302/2012-Süd
	den Alfterer-Bornheimer Bach	
5	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Umsetzungsfahrplan für	344/2012-SUA
	den Dickopsbach	
6	Antrag auf Abgrabung von Sand und Kies nördlich des Herseler Sees	316/2012-SUA
7	Mitteilungen mündlich	
8	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Matthias Wingenbach eröffnet die Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Umweltausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt: TOP 1 - 8.

	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4 Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Umsetzungsfahr- 302/2012-Süd plan für den Alfterer-Bornheimer Bach

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis vom Umsetzungsfahrplan für den Alfterer-Bornheimer Bach.

- Einstimmig -

5	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Umsetzungsfahr-	344/2012-SUA
	plan für den Dickopsbach	

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis vom Umsetzungsfahrplan für den Dickopsbach und den hierzu gefassten Beschlüssen der Verbandsversammlung.

- Einstimmig -

6 Antrag auf Abgrabung von Sand und Kies nördlich des Herseler Sees 316/2012-SUA

Beschluss:

Der Umweltausschuss beschließt die beigefügte Stellungnahme (einschließlich der Ergänzungen auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der anschließenden Diskussion im Ausschuss) an den Rhein-Sieg-Kreis, mit der die Erteilung des Einvernehmens nach Vorlage eines überarbeiteten Antrages in Aussicht gestellt wird.

Ergänzungen auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Diskussion im Ausschuss:

- Planungsrechtliche und städtebauliche Aspekte
 Zusatz zum 2. Absatz: Die im Abschnitt 2.11.4 (Staubemissionen) aufgeführten
 Erdwälle sind nicht geeignet, da durch diese den Staubemissionen nicht in geeigneter Weise entgegengewirkt wird. Hier sollten andere Maßnamen zwingend eingefordert werden.
- Zusatz zum vorletzten Absatz: Laut Artenschutzkonzept der Stadt Bornheim, Seite 43, 44 (Cochet Consult vom Oktober 2009) ist die Errichtung und Unterhaltung eines Amphibienleitsystems entlang des Maarpfades und des Mittelweges zur Verringerung verkehrsbedingter Tötungen der Wechselkröten zwingend vor Beginn der Abgrabung vorzunehmen. Mit dieser Maßnahme soll es querungswilligen Tieren ermöglicht werden, dass diese Straßenabschnitte auch für die Wechselkröten passierbar gestaltet werden.
- 3. Erschließungsrechtliche Aspekte
 Streichung des 1. Satzes des mittleren Absatzes und anstelle dessen folgender
 Zusatz: Für die verkehrliche Erschließung und Andienung des Abgrabungsgeländes über den Wirtschaftsweg und den Mittelweg stellt die Stadt Bornheim ihr
 Einvernehmen zurzeit nicht in Aussicht, solange wie das Verkehrskonzept der
 Stadt Bornheim nicht vorliegt.
- Einstimmig -

7 Mitteilungen mündlich

des Herrn Dr. Paulus betr.

Im Bereich Grünes C Hersel wurde mit den Bauarbeiten begonnen.
 Es gab Irritationen bezüglich Brutvogelarten, die dort betroffen wären. Im Bereich des Baufeldes konnte dies nicht bestätigt werden. Die Bauarbeiten werden im Bereich der Rheinstraße begonnen.

Kenntnis genommen

2. Die Firma Shell lädt den Umweltausschuss zu einer Betriebsbesichtigung am 18.09.2012 ein.

Kenntnis genommen

3. Bauvorhaben im Außenbereich in der Nähe des Heimatblicks in Roisdorf Ein priviligierter landwirtschaftlicher Reitbetrieb aus Alfter hat dort einen Bauantrag gestellt.

Kenntnis genommen

Zusatzfragen

von AM Jaritz

Wird es dazu führen, dass dann einige Wege, die nicht asphaltiert sind, jetzt asphaltiert werden müssen?

Antwort:

Der Betrieb läge an der Hauptzufahrt zum Heimatblick. Die Zuwegung ist durchgängig asphaltiert. Die Fragen wie Verkehrserschließung, Erschließung, Anliefererschließung werden im gesamten Genehmigungsverfahren geprüft.

von AM Helmes

Ist dort auch ein Restaurantbetrieb geplant?

Antwort:

Für sich werden die Reiter sicherlich einen Gemeinschaftsraum einrichten, aber eine öffentliche Gastronomie ist nach den Antragsunterlagen nicht vorgesehen und wäre auch so nicht genehmigungsfähig.

von AM Geuer

Wird dort auch eine Wohnbebauung errichtet?

Antwort:

Ein Wohnhaus ist im Bauantrag nicht enthalten.

8 Anfragen mündlich

von AM Jaritz

1. Bei den Bäumen auf der Brunnenallee ist festzustellen, dass schon sehr früh im Jahr die Kronen gelb sind und die Blätter fallen.

Kann die Verwaltung sagen woran es liegt, dass diese Bäume absterben?

Antwort:

Der Ortsvorsteher hat diesen Umstand bereits mitgeteilt. Zusammen mit einem Gutachter wurde die Situation vor Ort angesehen. Insgesamt 7 Bäume sind geschädigt, zwei davon sehr intensiv und möglicherweise abgängig. Ursprünglich ist man davon ausgegangen, dass es sich um einen Pilzbefall handelt. Ursächlich ist aber wahrscheinlich zu starker Streusalzeintrag in diesem Bereich.

Es sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erforderlich um den Versuch zu starten, mindestens 5 Bäume erhalten zu können.

Der Charakter der Brunnenallee soll als Allee aufrechterhalten werden.

2. Die Bäume auf der anderen Straßenseite vor dem Maria Hilf sind auch betroffen. Stehen diese auf Privatgelände (Grünauflage im Bpl.)?

Antwort:

Von der Friedrichstraße gesehen, sind die ersten 10-12 Bäume im Bpl festgesetzt. Dort muss der Grundstückseigentümer nachpflanzen. Kurz vor der Bahn ist noch einmal nachträglich nach § 34 gebaut worden, hier wurde vertraglich vereinbart Bäume zu pflanzen. Die Bäume sind eingegangen und beseitigt worden. Der Grundstückseigentümer mit dem der Vertrag geschlossen worden ist, ist nicht mehr Eigentümer. Es wird versucht den Grundstückseigentümer dazu zu bringen, Bäume zu pflanzen.

von AM Klein betr.

Schlussveranstaltung Integriertes Klimaschutzkonzept
 Größte Einsparung durch Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung erreicht
 wird. Kann die Stadt nochmals prüfen, ob eine Nachtabschaltung der Straßen beleuchtung nicht sinnvoll wäre?

Beim Thema Nachtabschaltung muss man abwägen, dass Klimaschutz, Energieeinsparung auf der einen Seite und Sicherheitsbedürfnis auf der anderen Seite stehen.

Dieses Thema wurde diskutiert und im Wesentlichen sollte keine grundsätzliche Nachtab-

schaltung vorgenommen werden. Man sollte es immer wieder von Fall zu Fall betrachten.

2. betr. Prüfauftrag vom 20.07.2011 in Verbindung mit der Vorlage aus der Sitzung des Umweltausschusses am 01.03.2012 (Antrag von AM Marx den Bürgermeister mit der Prüfung zu beauftragen, ob durch den neu angelegten Radweg entlang der L300 der Weg durch das Wäldchen auf der anderen Seite der L300 entfallen kann.)

Kann dies nicht noch einmal geprüft werden?

Antwort:

Wenn man diesem Vorschlag von Herrn Marx gefolgt wäre, hätte man die Radwegekreuzung aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht an der selben Stelle machen dürfen, wo der Wirtschaftsweg ausmündet. Man hätte die Fahrbahnquerung um 50 Meter versetzen müssen. Man muss den Radverkehr von dem sonstigen Verkehr wegziehen.

3. Mein Antrag als Bürger, die Verlängerung der Rheindorfer Straße unter Denkmalschutz zu stellen, wird der noch von der Stadt bearbeitet?

Antwort:

Wenn ein Antrag auf Denkmalschutz gestellt worden ist, muss die gutachterliche Stellungnahme der nächst höheren Behörde einbezogen werden. Es wird nicht davon ausgegangen, dass von dort aus ein positives Votum erfolgt.

von AM Marx

betr. Grünes C

Die Verwaltung kann nach der heutigen Ortsbesichtigung bestätigen, dass die Baumaßnahmen in Feld und Flur erst nach der Brutperiode beginnen?

Antwort:

Es kann nicht bestätigt werden, dass die Baumaßnahmen erst nach Beendigung der Brutperiode beginnen, sondern dass in dem Baufeld, wo die Baumaßnahmen derzeit stattfinden, keine Vogelbrut stattfindet.

2. Kann von dem Antrag der Firma Hünten jeder Fraktion ein Exemplar zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Es bestehen Bedenken, ob man diesen Antrag weitergeben darf. Die Angelegenheit wird geprüft.

von AM Geuer

In der Gemarkung Sechtem sind viele Wirtschaftswege in solch einem desolaten Zustand, dass diese nicht mehr mit dem Fahrrad befahren werden können. Warum kann man nicht die Verursacher ahnden?

Antwort:

Das Problem ist, dass man in der Regel keinen Verursacher hat. Man muss jemandem ganz konkret nachweisen, dass er mit seinem Fahrzeug diese Beschädigungen ausgelöst hat. Dann müsste eine unsachgemäße Nutzung des Weges vorgenommen werden und durch diese unsachgemäße Nutzung einen eigentlich ordentlichen Weg nach den Richtlinien, die für den Tiefbau gelten, zerstört haben. Im ganzen Stadtgebiet haben wir eine große Anzahl von Wirtschaftswegen, die im Rahmen ihrer normalen Nutzung, Schäden aufweisen.

Ende der Sitzung:20.20 Uhr

gez. Matthias Wingenbach Vorsitz gez. Petra Altaner Schriftführung

Niederschrift



Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Bornheim am Mittwoch, 23.05.2012, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

Х	X Öffentliche Sitzung	
	Nicht-öffentliche Sitzung	

Sitzung Nr.	31/2012
UmweltA Nr.	2/2012

Anwesende

Vorsitzender

Wingenbach, Matthias CDU-Fraktion

Mitglieder

Gruneberg, Julia SPD-Fraktion
Helmes, Hildegard Therese CDU-Fraktion
Jaritz, Karin SPD-Fraktion
Klein, Stefan FDP-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen Dr. Bündnis90/Grüne
Kuhnert, Uwe CDU-Fraktion

Müller, Heinz UWG/Forum-Fraktion

Raaf, André CDU-Fraktion Urfey, Josef SPD-Fraktion

stv. Mitglieder

Dopstadt, Julian Bündnis90/Grüne Strauff, Bernhard CDU-Fraktion

<u>Verwaltungsvertreter</u> Paulus, Wolfgang Dr.

Schriftführerin Mohr, Irmgard

Nicht anwesend (entschuldigt)

Marx, Bernd Bündnis90/Grüne Paulsen, Michael CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 14/2012 vom 01.03.2012	
5	Artenschutzkonzept der Stadt Bornheim und des Rhein-Sieg-Kreises	227/2012-SUA
6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2012 betr. Ü-	221/2012-SUA

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	berprüfung der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft	
7	Mitteilung betr. Genehmigung der Erweiterung einer Abgrabung am	224/2012-SUA
	Uedorfer Weg in Bornheim	
8	Verlängerung des Vertrages mit dem Rhein-Sieg-Kreis über die Ent-	142/2012-SUA
	sorgung wilden Mülls und die Unterhaltung und Entleerung der Stra-	
	ßenpapierkörbe	
9	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2012 betr. Er-	220/2012-SUA
	lass einer Baumschutz-Satzung für die Stadt Bornheim	
10	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.04.2012 betr. Erlass einer Baum-	244/2012-SUA
	schutz-Satzung für die Stadt Bornheim	
11	Mitteilung betr. Einhaltung von Mindestabständen beim Einsatz von	171/2012-SUA
	Pflanzenschutzmitteln	
12	Mitteilung betr. Grünflächen- und Spielplatzpatenschaften	218/2012-SUA
13	Mitteilung betr. Pflege- und Entwicklungskonzept für den Naturschutz-	229/2012-SUA
	bereich zwischen Quarzsandgrube Brenig und Heimatblick Roisdorf	
14	Mitteilung betr. Neubau einer Mobilfunksendeanlage in Walberberg	252/2012-SUA
15	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich UmweltA)	208/2012-1
16	Mitteilungen mündlich	
17	Anfrage des OV und AM Marx vom 02.04.2012 betr. Einsatz von	199/2012-SUA
	Schafen am Rheinufer zwischen Uedorf und Hersel	
18	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Matthias Wingenbach eröffnet die Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Umweltausschuss beschlussfähig ist.

Der Umweltausschuss beschließt, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 10 zusammen behandelt und abgestimmt werden.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt: TOP 1 – 18.

	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Mohr ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3 Einwohnerfragestunde			
	3	Einwohnerfragestunde	

Keine

4 Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 14/2012 vom 01.03.2012

Beschluss:

Der Umweltausschuss erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 14/2012 vom 01.03.2012 keine Einwände.

- Einstimmig -

5	Artenschutzkonzept der Stadt Bornheim und des Rhein-Sieg-	227/2012-SUA
	Kreises	

Beschluss:

Der Umweltausschuss

- nimmt das Artenschutzkonzept für die Wechselkröte und die vom Rhein-Sieg-Kreis daraus abgeleiteten Ziele zustimmend zur Kenntnis,
- 2. beauftragt den Bürgermeister auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
- 2.1
- 2.2 die Gutachten der Stadt Bonn und der Gemeinde Alfter mit der Bitte um Kenntnisnahme zuzuleiten und,

den Rhein-Sieg-Kreis zu bitten, das Artenschutzkonzept mit den beteiligten Städten und Gemeinden abzustimmen.

- Einstimmig -

6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2012 betr.	221/2012-SUA
	Überprüfung der Kompensation von Eingriffen in Natur und	
	Landschaft	

Beschluss:

Der Umweltausschuss beauftragt den Bürgermeister

- 1. auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, jährlich in mindestens einem exemplarischen Fall zu überprüfen, ob die im Rahmen der Bauleitplanung festgelegte gebietsinterne und externe Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft dauerhaft umgesetzt wurde. Festgestellte Verstöße gegen das Ortsrecht sind zu verfolgen und auszugleichen und,
- 2. auf Antrag der SPD-Fraktion, in einer der nächsten Ausschusssitzungen (Umweltausschuss und Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften) im Rahmen einer Mitteilung eine Kartenübersicht der bereits angelegten Kompensationsmaßnahmen außerhalb der Bebauungspläne zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis

- 10 Stimme/n für den Beschluss
- 01 Stimme gegen den Beschluss
- 01 Stimmenthaltung

7	Mitteilung betr. Genehmigung der Erweiterung einer Abgrabung	224/2012-SUA
	am Uedorfer Weg in Bornheim	

- Kenntnis genommen -

8 Verlängerung des Vertrages mit dem Rhein-Sieg-Kreis über die Entsorgung wilden Mülls und die Unterhaltung und Entleerung der Straßenpapierkörbe

Beschluss:

Der Umweltausschuss beschließt, der Verlängerung des Vertrages mit dem Rhein-Sieg-Kreis über die Einsammlung und Entsorgung des wilden Mülls und der Unterhaltung und Entleerung der Straßenpapierkörbe ab dem 01.01.2013 für weitere fünf Jahre zuzustimmen.

- Einstimmig -

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 wurden zusammen behandelt und zusammen abgestimmt.

9	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2012 betr.	220/2012-SUA
	Erlass einer Baumschutz-Satzung für die Stadt Bornheim	

Beschluss:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen

Der Rat beschließt, das Verfahren zum Erlass einer Baumschutzsatzung einzuleiten und beauftragt den Bürgermeister, dem Umweltausschuss und anschließend dem Rat einen Satzungsentwurf einschließlich der finanziellen und personellen Folgeaufwendungen und –erträge zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>

O4 Stimme/n für den Beschluss (SPD tw., B90/Grüne)
 O8 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU, SPD tw., FDP, UWG)

Der Beschluss wurde abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 10 und 9 wurden zusammen behandelt und zusammen abgestimmt.

10	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.04.2012 betr. Erlass einer	244/2012-SUA
	Baumschutz-Satzung für die Stadt Bornheim	

Beschluss:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen

Der Rat beschließt, das Verfahren zum Erlass einer Baumschutzsatzung einzuleiten und beauftragt den Bürgermeister, dem Umweltausschuss und anschließend dem Rat einen Satzungsentwurf einschließlich der finanziellen und personellen Folgeaufwendungen und –erträge zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

O4 Stimme/n für den Beschluss (SPD tw., B90/Grüne)
 O8 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU, SPD tw., FDP, UWG)

Der Beschluss wurde abgelehnt.

11	Mitteilung betr. Einhaltung von Mindestabständen beim Einsatz	171/2012-SUA
	von Pflanzenschutzmitteln	

- Kenntnis genommen -

Γ	12	Mitteilung betr. Grünflächen- und Spielplatzpatenschaften	218/2012-SUA
L		mitteriang bear orannaerien and opioipiatepaterieenateri	210/2012 00/1

- Kenntnis genommen -

13	Mitteilung betr. Pflege- und Entwicklungskonzept für den Natur-	229/2012-SUA
	schutzbereich zwischen Quarzsandgrube Brenig und Heimatblick	
	Roisdorf	

- Kenntnis genommen -

14	Mitteilung betr. Neubau einer Mobilfunksendeanlage in Walber-	252/2012-SUA
	berg	

- Kenntnis genommen -

15	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich Um-	208/2012-1
	weltA)	

- Kenntnis genommen -

16 Mitteilungen mündlich

des Dr. Paulus

- 1. in Merten wird eine weitere e-plus Anlage wird auf dem Dach des Klosters errichtet. Dies widerspricht den Richtlinien der Stadt Bornheim nicht.
- 2. auf dem neuen Mertener Friedhof müssen 18 Bäume entlang der Vorgebirgsbahn aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden. Eine Ersatzpflanzung ist in größerer Entfernung vorgesehen.

Kenntnis genommen

17	Anfrage des OV und AM Marx vom 02.04.2012 betr. Einsatz von	199/2012-SUA
	Schafen am Rheinufer zwischen Uedorf und Hersel	

- Kenntnis genommen -

18 Anfragen mündlich

des AM Müller

Wer ahndet wilde Müllablagerungen?

Antwort:

Dies macht der Rhein-Sieg-Kreis.

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

gez. Matthias Wingenbach Vorsitz gez. Irmgard Mohr Schriftführung

31/2012 Seite 5 von 5



Umweltausschuss	18.09.2012

öffentlich

Vorlage Nr.	403/2012-SUA
Stand	08.08.2012

Betreff Besuch der Rheinland Raffinerie der Shell in Wesseling

Beschlussentwurf

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen.

Sachverhalt

Die Shell Deutschland GmbH modernisiert derzeit ihr Kraftwerk in der Rheinland Raffinerie in Wesseling. Aus diesem Anlass hat die Shell angeboten, den Umweltausschuss einmal über die Rheinland Raffinerie in Wesseling und über das Kraftwerksprojekt sowie die im Bau befindliche Connect-Leitung zwischen den Werken Godorf und Wesseling zu informieren.

Im Rahmen einer Ortsbesichtigung vor der Sitzung erfolgen hierzu die näheren Erläuterungen. Da Individualverkehr aus Sicherheitsgründen im Werk nicht zulässig und auch nicht zweckmäßig wäre, werden die Ausschussmitglieder vor der Sitzung **pünktlich** um 16:00 Uhr am Rathaus mit einem Bus der Shell abgeholt und anschließend auch wieder zum Rathaus zurück gebracht.

Die Teilnehmerzahl ist durch die Kapazität des Busses auf 15 Personen beschränkt. Bei 12 Ausschussmitgliedern und 3 Verwaltungsvertretern ist dies grundsätzlich ausreichend. Für den Werkschutz der Shell ist spätestens einen Tag vor der Besichtigung eine Teilnehmerliste vorzulegen. Im Verhinderungs- bzw. Vertretungsfall wird daher um Mitteilung an die Stabsstelle Umwelt und Agenda bis spätestens 17.09.2012, 12:00 Uhr, gebeten.



Umweltausschuss	18.09.2012

öffentlich

Vorlage Nr.	444/2012-6
Stand	28.08.2012

Betreff Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr. Einführung von Hundefreilaufflächen

Beschlussentwurf

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.

Sachverhalt

Auch dem Bürgermeister ist bekannt, dass die Landwirte sich zu Recht über zerlöcherte Frühbeetfolien und Hundekot auf Flächen für die Lebensmittelproduktion beklagen. Auch die Förster berichten immer wieder von unangepasstem Verhalten von Hunden im Wald. Dies ist aber in aller Regel dem fahrlässigen Verhalten mancher Hundehalter geschuldet und nicht in dem Fehlen von Hundefreilaufflächen begründet.

Derzeit ist der Auslauf von nicht angeleinten Hunden im gesamten Stadtgebiet außerhalb der geschlossenen Ortschaften erlaubt. Nur in Naturschutzgebieten gibt es ein Anleingebot aus dem Landschaftsplan. Kommunale Satzungen, die z.B. eine generelle Anleinpflicht im Wald durchsetzen wollten, sind just vor Gericht gescheitert. Der Bürgermeister geht daher davon aus, dass das Angebot von einigen wenigen Hundefreilaufflächen nicht dazu führen wird, dass der Anteil frei laufender Hunde in der Landschaft und im Wald merklich abnimmt. Hundefreilaufflächen machen Sinn in hochverdichteten urbanen Räumen, in ländlich geprägten Städten wie Bornheim trägt das Konzept dagegen eher nicht zu einer Problemlösung bei. Zudem würde es sich hier um eine freiwillige Maßnahme in erheblichem Umfang handeln, die den Beschränkungen des Nothaushaltsrechts unterläge bzw. im Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten wäre.

Der Bürgermeister hat bereits in der Vergangenheit durch Pressemitteilungen, Herausgabe von Flyern und das Aufstellen so genannter "Dogstations" (Papierkörbe mit Hundekotbeutelspender) für ein hygienischeres rücksichtsvolleres Verhalten der Hundehalter geworben. Auch die Landwirtschaftskammer hat eine Werbekampagne für die Sauberhaltung Ihrer Nahrungsmittelflächen vor einiger Zeit gestartet. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Bürgermeister, ggf. in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, erneut über die Medien verstärkt um ein korrektes Verhalten der Hundehalter zu werben.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag



Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Bornheim Vorsitzende: Gabriele Deussen-Dopstadt www. gruene-bornheim.de

An den

Vorsitzenden des UA-Ausschusses der Stadt Bornheim,

Herrn Matthias Wingenbach

Postfach 1140, 53308 Bornheim

-nachrichtlich: Bürgermeister Wolfgang Henseler -

27.08.2012

Stadt Bomheim

27. AUG. 2012

Rhein-Sieg-Kreis

Sehr geehrter Herr Wingenbach,

hiermit bitten wir darum, den folgenden Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses zu nehmen:

Antrag

"Einführung von Hundefreilaufflächen"

Beschlussvorschlag::

Der Ausschuss beauftragt den Bürgermeister zu prüfen ob aktuell oder absehbar Flächen im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden können, die als "Hundefreilaufflächen" genutzt werden können.

Gründe:

Wer einen Hund im Bornheimer Stadtgebiet freilaufen lassen will, kann dies nur sehr eingeschränkt tun, da dies in der Acker-und Feldflur den oftmals berechtigten Unmut der Landwirte heraufbeschwört und auch im Wald z.B. den Förster auf den Plan ruft. Hundefreunde aus den Rheinorten regten an dem Beispiel der Stadt Düsseldorf zu folgen und zu versuchen Flächen im Stadtgebiet zu finden, die geeignet wären den Vierbeinern die Möglichkeit zu geben nach Herzenslust toben zu können und zwar ohne Leine. Dies würde den Hunden im Stadtgebiet Möglichkeiten zum Freilauf eröffnen und damit das Konfliktpotential mit Landwirten, Förstern und Grundeigentümern deutlich verringern. Darüber hinaus würde dies die Akzeptanz für die höhere Hundesteuer bei den Hundehaltern steigern. Die Suche sollte ggfs. gemeinsam mit den Hundesportvereinen im Stadtgebiet erfolgen und Flächen im gesamten Stadtgebiet berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez . Bernd Marx



Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften		12.09.2012
Umweltausschuss		18.09.2012
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr.	386/2012-7
	Stand	23.07.2012

Betreff Mitteilung betr. Stellungnahme des Ministeriums (MKULNV) zu der Stellungnahme des BUND + NABU im Rahmen der Bebauungsplanänderung He 220 C in Hersel

Sachverhalt

Im Rahmen der Bebauungsplanverfahren der 2. Änderung und 1. Erweiterung und der 3. Änderung und 2. Erweiterung des Bebauungsplans 220 C in Hersel hat der BUND zusammen mit dem NABU Bonn eine detaillierte Stellungnahme mit Anregungen abgegeben. Diese Stellungnahme wurde dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen ebenfalls zur Kenntnis zugesandt.

Das Antwortschreiben des Ministeriums zu der Stellungnahme wurde der Stadt nun über die Bezirksregierung und den Rhein-Sieg-Kreis übermittelt und ist zur Kenntnisnahme als Anlage beigefügt.

Das Ministerium unterstützt dabei die Stellungnahme der Stadt Bornheim zu dem Schreiben des BUND und NABU im Rahmen der Abwägung im Bebauungsplanverfahren (vgl. Vorlage 110/2012-7).

Bezüglich der Bewältigung der Artenschutzaspekte wurde noch nach dem Datum der Stellungnahme der Naturschutzverbände ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag nach § 44 (1) BNatSchG für die Bebauungsplanänderungen des 220 C durch das Büro Cochet Consult aus Bonn erstellt. Um artenschutzrechtliche Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auszuschließen, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt und bei Bedarf angepasst.

Bezirksregierung Köln Gesehen und weitergeleitet

am: 06.07.12 Im Auftrag 20mm

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und V

Stadt Bornheim Rathausstr. 2 53332 Bornheim

über

Rhein-Sieg-Kreis Untere Landschaftsbehörde – Kaiser-Wilhelm-Platz 1 53721 Siegburg

Bezirksregierung Köln - Dezernat 51 -Zeughausstr. 2 – 10 50667 Köln

des Landes Nordrhein-Westfalen Gesehen und weitergeleitet: Der Landrat ;

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,

Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Rhein-Sieg-Kreis Der Landrat 10. JULI 2012 (2)Eing .:

Stadt Bornheim 19. JULI 2012 Rhein-Sieg-Kreis

31. Mai 2012 Seite 1 von 2

Aktenzeichen III-5 - 519.06.00.02-0007 bei Antwort bitte angeben

Frau Schwerdtfeger Telefon: 0211 4566-382 Telefax: 0211 4566-947 poststelle@mkulnv.nrw.de

Regionale 2010 - Grünes C im Bereich der Stadt Bornheim/Bebauungsplan HE 220 C

Schreiben von BUND und NABU vom 16.11.2011

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Michel,

mit o.g. Schreiben hatten mir die Naturschutzverbände ihre Anregungen und Bedenken im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 (2) BauGB zu der 2. und 3. Änderung und Erweiterung des o.g. Bebauungsplans zugesandt.

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Kopie meines Antwortschreibens an die Naturschutzverbände.

Darin teile ich im Wesentlichen die von der Stadt Bornheim in ihrer Stellungnahme zu den Anregungen und Bedenken vertretene Einschätzung.

Die Kritik der Naturschutzverbände an der Bewältigung der Artenschutzaspekte aufgreifend, wird von hier aus jedoch empfohlen, die Vermeidungs-, Minderungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen für die von der Planung betroffenen Arten so zu optimieren, dass keine



Dienstgebäude und Lieferanschrift: Schwannstr 3 40476 Düsseldorf Telefon 0211 4566-0 Telefax 0211 4566-388 Infoservice 0211 4566-666 poststelle@mkulnv.nrw.de www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel: Rheinbahn Linien U78 und U79 Haltestelle Kennedydamm oder Buslinie 721 (Flughafen) und 722 (Messe) Haltestelle Frankenplatz



artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG erfüllt werden. Optimierungsbedarf besteht bezüglich der Anzahl der Lerchenfenster im Bezugsraum sowie bezüglich der zeitlichen Dauer, ab der Amphibienleiteinrichtungen für die Wechselkröte installiert werden sollen.

Seite 2 von 2

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Seelig

0 11-7

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen



Min'sterium für Klimaschutz, Umwe'it, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW-40190 Düsseldorf Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NW e.V. Herrn Achim Baumgartner Steinkreuzstraße 14 53757 Sankt Augustin

NABU Landesverband NRW/KG Bonn Herrn Horst Feige Rheindorfer Str. 72 53332 Bornheim

Regionale 2010 – Grünes C im Bereich der Stadt Bornheim Ihr Schreiben vom 16.11.2011 Meine Schreiben vom 04.06.2009, 29.06.2010 und 07.02.2011, Az.: III-5-519.06.00.00-0007

Sehr geehrter Herr Baumgartner, sehr geehrter Herr Feige

vielen Dank für Ihr o.g. Schreiben. Ich komme erst jetzt darauf zurück, weil auch der Ausgang des Verfahrens zum Bebauungsplan HE 220 C (Bornheim-Hersel), auf welches Sie sich im Wesentlichen beziehen, noch offen ist und Sie Ihre Anregungen und Bedenken mit Ihrer Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB zugleich an die Stadt Bornheim gesandt hatten.

In der Sache habe ich Ihnen bereits mehrfach geantwortet, dennoch habe ich die von Ihnen vorgebrachten Argumente in Hinblick auf mögliche Rechtsverstöße erneut einer Prüfung unterzogen. In Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW komme ich zu folgendem Ergebnis:

1. Biotopverbundplanung des LANUV

Wie sie zutreffend darlegen, ist es Ziel der Regionalplanung wie auch des Fachbeitrags des Naturschutzes, den Freiraumkorridor 15. Mai 2012 Seite 1 von 4

Aktenzeichen
III-5-519.06.00.00/III-7
bei Antwort bilte angeben
Frau Schwerdtfeger
Telefon: 0211 4566-382
Telefax: 0211 4566-947

poststelle@mkulnv.nrw.de

Dienstgebäude und Lieferanschrift: Schwannstr. 3 40476 Düsseldorf Telefon 0211 4566-0 Telefax 0211 4566-388 Infoservice 0211 4566-666 poststelle@mkulnv.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel: Rheinbahn Linlen U78 und U79 Haltestelle Kennedydamm oder Busl'inie 721 (Flughafen) und 722 (Messe) Haltestelle Frankenplatz



zwischen Hersel und Bonn mit der Darstellung BSLE/Regionaler Grünzug auch als Bestandteil des Biotopverbunds zu sichern. Dieses Ziel wird nach hiesiger Auffassung durch die Planungen des Grünen C unterstützt, mit welchen die Ortsrandbebauung einen Abschluss bekommen und der Übergang in die freie Landschaft gestaltet werden soll, um eine weitere Inanspruchnahme zu verhindern.

Seite 2 von 4

Die Inanspruchnahme von Flächen im Regionalen Grünzug für den Radweg und den Grünstreifen am Ortsrand von Hersel widersprechen nicht der Biotopverbundplanung des LANUV. Bei der Biotopverbundplanung handelt es sich um eine gutachterliche Aussage und diese ist nicht rechtsverbindlich. Außerdem bedarf der für die Ebene der Regionalplanung dargestellte Biotopverbund schon aus Maßstabsgründen räumlich und inhaltlich einer weiteren Konkretisierung in Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung und kann nicht 1:1 übertragen werden.

Gemäß den Zielen des Regionalplans Köln TA Bonn/Rhein-Sieg dienen die BSLE und Regionalen Grünzüge insbesondere auch der landschaftsorientierten Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung und Eingliederung der Siedlungen (Ortsrandbereiche) in die freie Landschaft. Insofern stehen die Planungen für das Grüne C – hier der Grünstreifen mit Rad-/Gehweg und das Baumtor mit Spielbereich - nicht im Widerspruch zu den Zielen des Regionalplans.

Es bedarf auch keiner weiteren Anpassung der Darstellungen des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln. Mit der Darstellung des Plangebietes im aktuellen Regionalplan als Regionaler Grünzug/BSLE wird der Freiraumentwicklung Vorrang eingeräumt. Da Siedlungsflächen mit weniger als 2000 Einwohnern im Regionalplan nicht als Wohnsiedlungsbereiche dargestellt werden, werden diese dem Freiraum zugeordnet, wodurch eine



eingeschränkte bauliche Entwicklung dieser Ortsteile jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Seite 3 von 4

2. Artenschutzkonzepte

Ergänzend zu den Ihnen zum Zeitpunkt Ihrer Eingabe vorliegenden Unterlagen hat die Stadt Bornheim Anfang des Jahres einen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu den Änderungen des Bebauungsplans 220 C vorgelegt.

Aufgrund Ihrer kritischen Anmerkungen werden wir die Stadt Bornheim auffordern, die geplanten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen für die Feldlerche (weitere Lerchenfenster) und die Wechselkröte, zu optimieren.

3. FFH-Gebietsschutz

Bei dem von Ihnen genannten FFH-Gebiet DE 4405-301 handelt es sich um einen Abschnitt der "Rheinfischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef". Das Gebiet fasst Abschnitte entlang des Rheins zusammen, die sich durch Flach- und Ruhigwasserzonen auszeichnen und mehrheitlich zwischen dem Ufer und der Hauptfahrrinne liegen. Schutzzweck der Fisch- und Laichschonbezirke ist die Bewahrung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Lebensräume nach der FFH-RL geschützter heimischer Wanderfische und anderer Fische und anderer wandernder Arten.

Negative Auswirkungen des in einem Abstand von 350 m geplanten Spielplatzes auf die Schutzziele dieses Gebietes werden von hier aus ausgeschlossen.

4. Landschaftsplan

Auf meine o.g. Schreiben wird verwiesen. Nach Beratung im Landschaftsbeirat hat die untere Landschaftsbehörde des Rhein-Sieg-Kreises für die Maßnahmen des "Grünen C" die Be-



freiung von den Verboten des Landschaftsplanes Nr. 2 "Bornheim" (Landschaftsschutzgebiet) erteilt.

Seite 4 von 4

Die Planung des Grünstreifens mit Radweg widerspricht nicht den Zielen der Landschaftsplanung. Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes ist neben der Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, u.a. auch die besondere Bedeutung der Landschaft für die Erholung. Die Ortsrandbegrünung unterstützt die Festsetzung "Erhalt prägender Landschaftsteile sowie Anreicherung und ökologische Aufwertung mit naturnahen Lebensraumelementen und gliedernden und belebenden Elementen" und steht der weiteren Umsetzung solcher Maßnahmen nicht entgegen.

5. Eingriffsregelung

Bezüglich der Bilanzierung des Eingriffs und Darstellung der Kompensationsflächen verweise ich auf die zutreffenden Ausführungen der Stadt Bornheim im Rahmen ihrer Stellungnahme zu dem Ergebnis des Beteiligungsverfahrens.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Woike



Umweltausschuss		18.09.2012
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr.	354/2012-SUA
	Stand	02.07.2012

Betreff Anfrage des stv. OV und AM Stadler vom 27.06.2012 betr. Schäden am Baumbestand der Brunnenallee in Roisdorf

Sachverhalt

- Ist untersucht worden weshalb dieser Laubfall schon im Frühsommer beginnt?
- Wenn nein, wird diese Untersuchung in 2012 eingeleitet?

Die Bäume in der Brunnenallee wurden unter Hinzuziehung eines Fachgutachters begutachtet. Nach den Feststellungen des Bürgermeisters handelt es sich bei den augenfälligen Schäden um Schädigungen durch massiven Streusalzeinsatz auf den Gehwegen.

Welche Maßnahmen unternimmt die Stabstelle Umwelt der Stadtverwaltung um diesem Baumsterben Einhalt zu bieten?

Um die Bäume zu retten, gibt es nur wenige Möglichkeiten. Diese würden beinhalten:

- sofortigen Bodenaustausch mit sog. Luftbagger
- einbringen von neuem Substrat
- Erschließung der unteren Bodenhorizonte mittels Tiefenbelüftungen
- Düngung zur Stärkung der Vitalität mittels Bodenlanze
- Impfung mit gattungsgerechter Mykhorriza
- Intensives Wässern

Nur die gesamte Kombination dieser Maßnahmen könnte ggf. fünf von sieben zur Zeit betroffenen Bäumen retten. Bei zwei betroffenen Bäumen sieht der Bürgermeister keine allzu großen Überlebenschancen. Die geschätzten Kosten pro Gehölz würden bei ca. 2.500,00 € liegen, also ca. 12.000,00 € für die Gesamtmaßnahme.

Der Bürgermeister wird in Zusammenarbeit mit dem Stadtbetrieb Bornheim prüfen, inwieweit Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt und werden können. Im Übrigen soll auf die Anlieger zugegangen werden, um den Streusalzeinsatzes zu reduzieren.

Werden die gefällten Bäume ersetzt und wenn ja, wann?

Die früher gefällten Bäume standen auf Privatgrund. Mit dem ursprünglichen Grundstückseigentümer bestand eine vertragliche Vereinbarung zur Pflanzung und zum Erhalt der Bäume. Der Grundstückseigentümer hat zwischenzeitlich gewechselt. Für den neuen Grundstückseigentümer besteht diese Vertragsbindung nicht. Eine Pflanzung könnte daher nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

Für Bäume im öffentlichen Straßenraum, die gefällt werden müssen, prüft die Verwaltung derzeit die Möglichkeit von Ersatzpflanzungen.

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage

Harald Stadler

Ortsvorsteher

Bornheim, den 27. Juni 2012 Pützweide 9 Telefon: 02222-1832

E-Mail: stadler-bornheim@t-online.de

Stadt Bornheim Herrn Bürgermeister Wolfgang Henseler Rathausstraße 2

53332 BORNHEIM

Anfragen, gemäß § 19 der GO zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Bornheim

hier: Schäden am Baumbestand der Brunnenallee

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,

wie Sie auf den Fotos der Anlage erkennen können beginnen schon im Juni die Blätter der Brunnenallee-Bäume sich braun zu färben.

In der Vergangenheit sind schon zwei oder drei Bäume abgestorben. Sie wurden ersatzlos beseitigt. Die Baumlücke ist fast 50 Meter groß.

Dieses Baumsterben setzt sich offensichtlich weiter fort. Damit droht dem Alleecharakter der Brunnenallee ein vorzeitiges Ende.

- Welche Maßnahmen unternimmt die Stabstelle Umwelt der Stadtverwaltung um diesem Baumsterben Einhalt zu bieten?
- > Ist untersucht worden weshalb dieser Laubfall schon im Frühsommer beginnt?
- Wenn nein, wird diese Untersuchung in 2012 eingeleitet?
- Werden die gefällten Bäume ersetzt und wenn ja, wann?

Mit freundlichen Grüßen

Harald Stadler

Anlage 1



Die Braunfärbung der Bäume beginnt schon im Juni



Die Schäden in den Baumkronen sind unübersehbar



Umweltausschuss		18.09.2012
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr.	365/2012-1
	Stand	10.07.2012

Betreff Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2012 betr. Nachtabschaltung von Computern und anderen elektronischen Geräten

Beschlussentwurf

Der Umweltausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters.

Sachverhalt

Die Anfrage der FDP-Fraktion vom 2.7.2012 beantwortet der Bürgermeister wie folgt:

Frage 1. Wird im Rathaus, in den Schulen, in den Kindergärten und beim Stadtbetrieb regelmäßig überprüft, ob Geräte unnötig über Nacht oder am Wochenende laufen?

Antwort: Der Einschaltzustand der Geräte im Rathaus, in den Schulen, in den Kindergärten und im Stadtbetrieb Bornheim wird zur Zeit auf Grund des dafür erforderlichen personellen Aufwands nicht regelmäßig geprüft. Die Kontrolle des Netzes im Rathaus, des Stadtbetriebs und des Jugendamts lässt jedoch den Schluss zu, dass die dortigen Arbeitsplatzrechner nach Ende der Arbeit von den Benutzern tatsächlich heruntergefahren und dadurch auch ausgeschaltet werden.

Frage 2. Welche Maßnahmen ergreift der Bürgermeister, um alle Nutzer für die Möglichkeiten zum Stromsparen am Arbeitsplatz zu bewegen?

Antwort: Der sparsame Umgang mit Energie ist bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder Thema, so beispielsweise im Rahmen von Dienstbesprechungen. Darüber hinaus sind in verschiedenen schriftlichen Dienstanweisungen Hinweise und Anweisungen zum sparsamen Umgang mit Energie aufgeführt. So enthält zum Beispiel die "Dienstanweisung für die Hausmeister an den Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim" die Verpflichtung für die Hausmeister, auf einen sparsamen Energieverbrauch zu achten. Die Pflicht zum Abschalten des Arbeitsplatz-PCs bei längerer Abwesenheit ist in der "Dienstanweisung Datenschutz" festgelegt.

In internen Rundverfügungen werden die Mitarbeiter außerdem regelmäßig darauf hingewiesen, die elektrischen Geräte nicht länger als notwendig eingeschaltet zu lassen.

Frage 3. Gibt es bereits technische Hilfsmittel (Steckdosenleisten mit Netzschalter etc.), die in den Büros den Stromverbrauch der Geräte minimieren helfen?

Antwort: Die vorhandenen Mehrfachsteckdosen sind aus Kostengründen nicht mit Schaltern versehen. Andere technische Hilfsmittel zur Minimierung des Stromverbrauchs durch Nachtabschaltung von Computern und anderen elektrischen Geräten sind nicht im Einsatz.

Frage 4. Sieht der Bürgermeister ggfls. in Abstimmung mit der Stadt Köln, die Möglichkeit, eine automatisierte Abschaltung auch in Bornheim zu realisieren?

Antwort: Die Frage einer automatischen Abschaltung durch spezielle Steckdosenleisten hat

der Bürgermeister bereits überprüfen lassen. Hierbei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass der zu betreibende Aufwand in keinem sinnvollen Verhältnis zu den potenziellen Einspareffekten steht. Bei der Neubeschaffung von EDV-Geräten, sowohl bei Arbeitsplatzrechnern als auch bei Servern, wird auf die Energieeffizienz der Geräte großen Wert gelegt. Insbesondere im EDV-Bereich besteht zudem die Möglichkeit, über das Betriebssystem im laufenden Betrieb über eine diesbezügliche Programmierung den Energieverbrauch von Arbeitsplatzrechnern, aber auch Servern, zu verringern. Dies geschieht z.B. durch das Heruntertakten des Systems oder auch das Versetzen des Systems in den "Ruhezustand" bei längerem Nichtgebrauch. Diese Einsparmöglichkeiten werden vorrangig genutzt.

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage



Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Herrn Matthias Wingenbach Vorsitzender des Umweltausschusses Rathausstr. 2 53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstr. 2 53332 Bornheim

Tel.: 02222/99 44 50 Fax: 02222/99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 2. Juli 2012

Sehr geehrter Herr Wingenbach,

hiermit stellen wir gemäß §19 (1) GeschO die folgende Anfrage für die kommende Sitzung des Umweltausschusses:

Nachtabschaltung von Computern und anderen elektronischen Geräten

Im April 2011 wurde bekannt, dass die Stadt Köln jährlich 156.000 Euro Stromkosten sparen könnte, wenn alle Mitarbeiter ihre Computer nach Dienstende ordnungsgemäß herunterfahren würden. Bei Stichproben wurden rund 3.000 Rechner (ca. 30 Prozent der Geräte in der Kölner Verwaltung) festgestellt, die über Nacht ohne Grund weiterliefen. Neben einer verstärkten Information der Mitarbeiter wurde auch eine technische Lösung für eine automatisierte Abschaltung geprüft.

Auch wenn das Sparpotenzial in Bornheim aufgrund der geringeren Anzahl von Geräten kleiner ist, halten wir eine Überprüfung dieses Sachverhalts für sinnvoll.

Wir fragen daher:

- (1) Wird im Rathaus, in den Schulen, in den Kindergärten und beim Stadtbetrieb regelmäßig überprüft, ob Geräte unnötig über Nacht oder am Wochenende laufen?
- (2) Welche Maßnahmen ergreift der Bürgermeister, um alle Nutzer für die Möglichkeiten zum Stromsparen am Arbeitsplatz zu sensibilisieren?
- (3) Gibt es bereits technische Hilfsmittel (Steckdosenleisten mit Netzschalter etc.), die in den Büros den Stromverbrauch der Geräte minimieren helfen?
- (4) Sieht der Bürgermeister ggfls. in Abstimmung mit der Stadt Köln, die Möglichkeit, eine automatisierte Abschaltung auch in Bornheim zu realisieren?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Stefan Klein und Fraktion

30/32 Seite 1



Umweltausschuss		18.09.2012
öffentlich	Vorlage Nr.	445/2012-SUA
<u>onention</u>		
	Stand	28.08.2012

Betreff Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr. Förderungskonzept Elektromobilität

Sachverhalt

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fragt an, ob die Stadt Bornheim bereits an der Kooperation des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Bonn zur Förderung der Elektromobilität beteiligt ist bzw. inwieweit dies künftig als zielführend angesehen wird.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass die Minderung der Emissionen aus dem motorisierten Individualverkehr einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann und muss. Allerdings ist der Handlungsspielraum der kreisangehörigen Kommunen eingeschränkt, was die aufgeführten Handlungsfelder zeigen:

- Verringerung des Spritverbrauchs
- Entwicklung und Einsatz alternativer Antriebskonzepte (Gas, Wasserstoff, hier auch E-Mobilität).
- Attraktivierung des ÖPNV,
- emissionsoptimierte Bauleitplanung (Stadt der kurzen Wege, P&R),
- Mobilitätskonzept der Verwaltung

Bei der "gemeinsamen Erklärung von Kreis, Stadt Bonn und fünf regionalen Energieversorgern zur Förderung der E-Mobilität" waren die Städte und Gemeinden des Kreises auch die Stadt Bornheim bisher nicht eingebunden. Der Bürgermeister unterstützt aber grundsätzlich diese Initiative, zum Einen aus Klimaschutzgründen, zum Anderen, da vor dem Kostenhintergrund zum Beispiel für die Schaffung einer Versorgungsinfrastruktur für die E-Mobilität die Synergieeffekte zu nutzen sind. Die Frage der zu beteiligenden regionalen Energieversorger wäre aber noch vor dem Hintergrund der bei der Stadt laufenden Verfahren zur Neukonzessionierung beim Strom zu klären. Zwingende Voraussetzung für den Einsatz der E-Mobilität ist, dass der Strom regenerativ erzeugt wird, da ansonsten keine positive Wirkung für den Klimaschutz erzeugt wird.

Darüber hinaus prüft der Bürgermeister in Zusammenarbeit mit dem Stadtbetrieb Bornheim schon seit einigen Jahren den Einsatz von E-Mobilen oder anderen alternativen Antrieben für Fahrzeuge in der Stadtverwaltung. So sind z.B. einige erdgasbetriebene Fahrzeuge im Einsatz. Elektrisch betriebene Fahrzeuge sind derzeit noch so teuer, dass ihre Anschaffung wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Es wird aber auch darüber nachgedacht, im Rahmen der ILEK-Kooperation erneuerbare Energien /Energieeffizienz gemeinsame Nutzungskonzepte für die Region zu entwickeln (Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten, Botendienste etc.).

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage



Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Bornheim Vorsitzende: Gabriele Deussen-Dopstadt www. gruene-bornheim.de

An den

27.08.2012

Vorsitzenden des UA-Ausschusses der Stadt Bornheim Herrn Matthias Wingenbach Postfach 1140, 53308 Bornheim

-nachrichtlich: Bürgermeister Wolfgang Henseler -

Stadt Bornheim 27. AUG. 2012 Rhein-Sieg-Kreis

Sehr geehrter Herr Wingenbach, hiermit bitten wir darum, den folgenden Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses zu nehmen:

Anfrage

"Förderungskonzept Elektromobilität"

Am 22. August d.J. haben der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn und fünf Energieversorgungsunternehmen der Region eine "Gemeinsamen Erklärung zur Förderung der E-Mobilität" in Bonn unterzeichnet. Nach den Zielvorgaben der Bundesregierung zur Elektromobilität sollen bezogen auf die Region Bonn/Rhein-Sieg bis zum Jahr 2020 etwa 6000 bis 12 000 Elektrofahrzeuge gemeldet sein. Nach der gemeinsamen Erklärung soll nun ein Starthilfekonzeptes zur Förderung der Elektromobilität in der Region entwickelt werden.

Wie sieht der Stand der Überlegungen zur beschlossenen Förderung der Elektromobilität in Bornheim aus?

Gibt es bereits Überlegungen der Stadt Bornheim sich an der oben beschriebenen Kooperation zu beteiligen?

Wenn nein: Könnte nach der Einschätzung der Stadt Bornheim eine Beteiligung hier für angestrebte Förderung der Elektromobilität im Bornheimer Stadtgebiet zielführend sein?

Mit freundlichen Grüßen

Dr' Arnd Kuhn

gez . Bernd Marx

Inhaltsverzeichnis

49/2012, 18.09.2012, Sitzung des Umweltausschusses	1
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	3
Niederschrift ö UmweltA 03.07.2012	5
Niederschrift ö UmweltA 23.05.2012	10
Vorlagendokumente	
TOP Ö 5 Besuch der Rheinland Raffinerie der Shell in Wesseling	
Vorlage 403/2012-SUA	15
TOP Ö 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr. Einführu	
Vorlage 444/2012-6	16
Antrag 444/2012-6	17
TOP Ö 7 Mitteilung betr. Stellungnahme des Ministeriums (MKULNV) zu der Stellun	
Vorlage ohne Beschluss 386/2012-7	18
Schreiben Ministerium an BUND 386/2012-7	19
TOP Ö 10 Anfrage des stv. OV und AM Stadler vom 27.06.2012 betr. Schäden am B	au
Vorlage ohne Beschluss 354/2012-SUA	25
Anfrage 354/2012-SUA	26
TOP Ö 11 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2012 betr. Nachtabschaltung von Co	m
Vorlage 365/2012-1	28
Anfrage 365/2012-1	30
TOP Ö 12 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2012 betr. Förder	
Vorlage ohne Beschluss 445/2012-SUA	31
Anfrage 445/2012-SUA	32
Inhaltsverzeichnis	33